SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Serbiens Wirtschaft im Herbst 1999

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Oschlies, W. (1999). *Serbiens Wirtschaft im Herbst 1999.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 40/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48153

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Bundesinstitut
für ostwissenschaftliche
und internationale Studien

Lindenbornstraße 22, D-50823 Köln

Aktuelle Analysen

Nr. 40/1999 11. Oktober 1999

Serbiens Wirtschaft im Herbst 1999

Zusammenfassung
Zusammenfassung: Das Miloševiæ-Regime macht die NATO-Mission im Kosovo für alle wirtschaftlichen Nöte Serbiens verantwortlich. Die Regime-Propaganda sieht Serbien als "Sieger" über fremde "Aggressoren" und proklamiert den "siegreichen Wiederaufbau". Tatsächlich sind die direkten Schäden der NATO-Mission gering – verglichen mit den desaströsen Folgen von zwölf Jahren Reformunwilligkeit und Reformunfähigkeit, Militanz und Konfliktbereitschaft des Miloševiæ-Regimes. Deren Folgen werden gerade im Herbst 1999 in ihrer ganzen Schwere deutlich: Auf die Serben warten Monate mit Hunger und Kälte, Inflation und Arbeitslosigkeit, internationaler Isolation und innerer Perspektivlosigkeit.

Einführung

Am 1. Oktober 1999 hat die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien unter Premier Momir Bulatoviæ eine "Information über die aktuelle Wirtschaftslage" beraten, wozu in der regimenahen Presse verlautete:

> "Es wurde geschätzt, daß der Wiederaufbau des Landes ausnehmend erfolgreich verläuft und daß es zu einer Belebung der Produktion kommt. (...) In der monetären Politik bleibt die Stabilität gewahrt und die Dinar-Geldmenge wurde nicht erhöht".[1]

Drei Tage später ließ sich der serbische Premier Mirko Marjanoviæ noch optimistischer vernehmen: Man werde nicht nur "alles wiederaufbauen, was durch die NATO-Aggression zerstört wurde", sondern darüber hinaus Arbeitsplätze schaffen, ökonomische und soziale Stabilität garantieren, Reformen zur Einführung der Marktwirtschaft und der Eigentumstransformation starten etc.[2] Und Miloševiæ selber setzte allem die Krone auf: "Der Wiederaufbau unseres Landes ist siegreich, so siegreich, wie auch die Verteidigung unseres Landes siegreich und heroisch war".[3]

In was für einer Welt leben diese Leute? Es gibt in Jugoslawien weder einen nennenswerten Wiederaufbau noch eine Produktionsbelebung, ganz zu schweigen von einer monetären Stabilität: Wie die *Wirtschaftskammer Jugoslawiens* Mitte September befand, "gibt es kein Geld und bleibt die Hilfe aus dem Ausland immer noch aus", weil "wir wirtschaftlich und besonders finanziell von der Welt

1 Bericht in: Borba 1.10.1999.
2 Bericht in: Borba 5.10.1999.
3 Am 28.9.1999 in Pančevo geäußert, von der regimekritischen "Vreme" am 2.10.1999 als "Ausspruch der Woche" zitiert.

isoliert sind und Ausländern Investitionen und Kooperationen mit jugoslawischen Firmen verboten sind". Also "ist die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel zurückgegangen".[4]

Wer heute Serbien jede Hilfe verweigert, bringt eine Vielzahl potentieller Miloševiæ-Gegner auf dessen Seite. Wer aber Serbien helfen will, bekommt es mit 19 uneinigen oppositionellen Parteien zu tun, deren Orientierungslosigkeit mittlerweile tragikomische Folgen zeigt: Nach jüngsten Umfragen wünschen 68% der Belgrader den Rücktritt Miloševiæs, aber 67% glauben *nicht*, daß diese Opposition einen Machtwechsel und eine Wende zum Besseren erreichen kann[5] – "die Leute haben den Glauben daran verloren, daß die Opposition sich überhaupt auf irgendetwas ernsthaft verständigen kann".[6] Etwas optimistischer scheint die EU in dieser Hinsicht zu sein, anderenfalls hätte sie nicht Vertreter der gesamten Opposition, der montenegrinischen Regierung samt Präsident Milo Đukanoviæ und der Serbischen Orthodoxen Kirche (SPC) für den 11. Oktober 1999 zu einem Treffen in Brüssel eingeladen, um über Unterstützung für die regimefeindliche Opposition und "Arten der Hilfe für die Bürger Serbiens im bevorstehenden Winter" zu beraten.[7]

Miloševiæs Politik und ihre ökonomischen Folgen

Die vom Miloševiæ-Regime ständig angeklagte NATO-Mission hat natürlich enorme direkte (Zerstörung von Infrastruktur und Produktionsstätten) und indirekte Schäden (Produktionsausfälle, BIP-Rückgang) verursacht, doch liegen dazu noch keine endgültigen Daten vor. Man schätzt, daß in "elf Wochen Bombardements" 77 Industriebetriebe, 39 Energieunternehmen, 17 Bahn- und 41 Straßenbrücken, 6 Bahnhöfe, Bahngleise an 29 Stellen etc. "ganz oder teilweise zerstört" wurden, daß also insgesamt "Jugoslawien 371 'Wunden' beigebracht wurden".[8] Das erscheint als relativ "bescheiden", zumal neueste Umfragen unter serbischen *menadžeri* zeigten, daß viele von ihnen die technische Ausstattung ihrer Betriebe für veraltet und folglich für international nicht wettbewerbsfähig ansehen.[9] Die NATO-Bomben sind wohl zumeist nur der Abriß-Birne zuvorgekommen.

Gewiß ist, daß die aktuelle Not die bislang letzte Etappe einer grundlegend schädlichen Entwicklung unter diesem Regime sind, welche allein von diesem zu verantworten ist:

- Miloševiæ hat seit seinem Machtantritt Ende der 80er Jahre immer wieder in Wort und Tat bewiesen, daß er zu keiner Reform willens oder fähig ist, und in den letzten Jahren diente seine Politik allein dazu, sich die Loyalität seiner schwindenden Klientel mit Möglichkeiten zur Bereicherung auf Kosten der Gesamtgesellschaft zu erkaufen:[10] Nach Ansicht britischer Analytiker ist die Bundesrepublik Jugoslawien das korrumpierteste Land der Welt, das auf einer Skala von 0 bis 9 mit 7,4 Punkten den Spitzenplatz hält, gefolgt von Albanien mit 5,7 Punkten.[11]
- Miloševiæs stets auf Konflikt bedachte Politik hat ihm bislang zwei internationale Embargos und die NATO-Mission eingebracht. Die ökonomischen Folgen addieren sich auf 100,2 Mrd. US-$

---

4 Kommentar in: Ekonomska politika 13.9.1999, S. 6.
5 Bericht in: Blic 6.10.1999.
6 Miæunoviæ-Interview a.a.O.
7 Bericht in: Blic 6.10.1999.
8 Ljiljana Bulatoviæ: Graðevinari na potezu, in: Ekonomska politika 12.7.1999, S. 11-13.
9 Gordana Ajdukoviæ: Menadžeri u Srbiji i buduænost, in: Ekonomska politika 13.9.1999, S. 17-19.
10 Detailliert dazu Tanja Jakobi: Patriotska ekonomija – Bajke za odrasle, in: NIN 12.11.1998, S. 22-23.
11 Biljana Stepanoviæ: Zavedeni, potkupljeni, ucenjeni, in: NIN 9.9.1999, S. 18-20.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Verlust in den Jahren 1991 bis 1999. Mit anderen Worten: Dank Miloševiæ hat die BR YU in den 90er Jahren *siebenmal* das Gesamt-BIP von 1994 (= 14,3 Mrd. US-$) eingebüßt.[12]

- Diese Verluste führten dazu, daß das BIP pro Kopf und Jahr von 2.696 US-$ (1990) auf 1.232 US-$ (1999) sank, womit die BR YU der 1.000-US-$-Grenze für "ärmste Länder" nahekommt.[13] Und gemessen an früheren BIP-Einbußen ist das Ergebnis von 1999 (-30%) nahezu eine Lappalie, da es absolut auf der Linie der Rückgänge von 1992 (-27%) und 1993 (-30%) liegt.[14]
- Die vom Belgrader Regime provozierten Konflikte führten Flüchtlingsströme nach Serbien, die dortige Nöte steigerten: Nach 1990 trafen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina rund 700.000 Menschen ein, dazu zahlreiche Flüchtlinge aus dem Kosovo, was insgesamt *eine Million* Flüchtlinge in Serbien übersteigt.[15] Seit dem Ende der NATO-Mission (12. Juni 1999) sind weitere 200.000 Serben und Roma von Albanern aus dem Kosovo vertrieben worden und nach Serbien gegangen. Dort werden sie vom Regime als "Bürger zweiter Klasse" behandelt, da es fürchten muß, daß sie die wachsende Gegnerschaft gegen Miloševiæ durch ihre Berichte steigern könnten.[16] Selbst in relativ friedlichen Zeiten machten Serben höchstens 15% der Kosovo-Bevölkerung aus, was schon aus numerischen Erwägungen heraus Miloševiæ zur Mäßigung hätte veranlassen müssen; er hat hingegen auf Konfrontation und Konflikt gesetzt, damit letztlich diesen neuerlichen Exodus provoziert, der die völlige Loslösung des Kosovo nur noch als Frage der Zeit scheinen läßt.[17]
- Die Zerstörungen infolge der NATO-Bombardements waren in Serbien weit schwerwiegender als in Montenegro, dennoch "sind die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro auf dem tiefsten Punkt seit der Entstehung des Bundesstaates".[18] Montenegro hat sich so sehr von Serbien abgesetzt, daß es in nächster Zeit wohl von internationalen Saktionen ausgenommen wird. Das aber bedeutet, daß Serbien die Kriegsfolgen allein zu tragen und zu beheben hat – eine unlösbare Aufgabe.[19]
- Die internationale Staatengemeinschaft hat Serbien jede Hilfe versagt, "solange Miloševiæ dort an der Macht ist". Zugelassen wurde allein "humanitäre Hilfe", und in Serbien fragte man sich im Herbst 1999, wie weit diese wohl greifen würde. Würden z.B. Elektrizitätswerke wiederaufgebaut werden können, um den Strom- und Heizbedarf der Bevölkerung für den bevorstehenden Winter zu sichern? Würde das Verkehrswesen repariert und möglichst modernisiert werden? Würde überhaupt Serbien gestützt werden, damit dessen Nachbarstaaten, alle faktische NATO-Partner, Erleichterung bekämen und Mitteleuropa vor neuen Flüchtlingen aus Serbien bewahrt bliebe?[20]

Serbien mit oder ohne Miloševiæ?

Die heutige ökonomische Misere Serbiens ähnelt der von 1993 – "Hyperinflation" von über 100% monatlich infolge serbischer Kriegsbeteiligung,[21] die im Folgejahr durch die Berufung von Dragoslav Avramoviæ zum Gouverneur der Nationalbank behoben wurde. Derselbe Avramoviæ ist heute Spitzenvertreter der regimefeindlichen Opposition[22] und gilt als möglicher Chef einer

---

12 Vlade Zariæ: Posledice NATO agresije i moguænosti obnove, in: Ekonomska politika 13.9.1999, S. 20-21.
13 Ebenda.
14 Marinko Bošnjak: Makroekonomska kretanja u 1999, in: Ekonomska politika 12.7.1999, S. 23-24.
15 Zariæ: Posledice... a.a.O.
16 Branka Kaljeviæ: Srbi sa Kosova – Igre s graðanima drugog reda, in: Vreme 24.7.1999, S. 7-9.
17 Vladimir Martinoviæ: Od nemila da nedraga, in: NIN 16.9.1999, S. 29.
18 Interview des montenegrinischen Präsidenten Đukanoviæ, in: Blic 6.10.1999.
19 So eine russische Analyse von Leonid Velechov: Proščaj, Montenegro!, in: Itogi 28.9.1999, S. 26-28.
20 Zariæ, Posledice... a.a.O.
21 Dragoslev Avramoviæ 1998 in seinem Buch "Pobeda nad inflacijom 1994", hier zit. aus einem Vorabdruck in: Naša borba 15.10.1998.
22 Vgl. das Interview mit ihm, in: Der Spiegel Nr. 40/1999, S. 218-219.

Übergangsregierung aus Experten, die nach einem Sturz oder Rücktritt von Miloševiæ unverzüglich vier grundlegende Aufgaben erfüllen müßte:[23]

> Erstens brauchen wir eine völlige Demokratisierung. Zweitens stehen eine Veränderung der Wirtschaftspolitik und eine Liberalisierung des Wirtschaftssystems an, um möglichst rasch einen Aufschwung zu erreichen. Drittens wird ein massives Investitionsprogramm zur Rekonstruktion des bestehenden Kapitalstocks und zur Expansion in fast allen Bereichen benötigt. Viertens brauchen wir die völlige Aufhebung der Saktionen, die Lösung des Nachfolgeproblems (Ex-Jugoslawiens und seiner Auslandsverschuldung, W.O.) und Frieden mit der Welt.

Selbst wenn diese Aufgaben *mit* Miloševiæ gelöst werden könnten, würde sich dennoch nicht der rasche Belebungseffekt von Anfang 1994 einstellen, denn "jetzt sind mindestens ein, zwei Jahre nötig". Aber mit Miloševiæ scheint heute gar nichts möglich: "Er ist kein Mensch, der eine langfristige Perspektive hat. Er ist ein Mensch von acht Stunden. Wir müssen uns nur bis morgen durchwursteln, und morgen wird schon irgendetwas passieren. Und damit hat er bislang ja auch Recht behalten".[24]

Miloševiæ stützt sich auf 200.000 "Reiche", die unter seiner Führung prosperierten und gegen fünf Millionen "Arme" stehen, die unter Miloševiæ verelendeten. Von 10 Mrd. US-$, die das serbische BIP 1998 betrug, standen den Armen 738 Mio. zur Verfügung, den Reichen zwei Milliarden. Serbiens Arme hatten 1998 ein Jahreseinkommen von 6.383 Dinar und Reiche 28mal mehr. Ein minimaler Warenkorb für eine Familie von 3,6 Mitgliedern kostete in Serbien im Juli 1999 42 US-$ "oder 75% eines Durchschnittseinkommens oder viermal mehr als der Niedrigstlohn in der Wirtschaft Serbiens". 1989 betrug ein serbisches Durchschnittseinkommen 800 DM, 1999 nur noch 80 DM. – "weniger als ein Viertel eines Durchschnittseinkommens in Bosnien-Herzegowina und exakt ein Zehntel dessen, was Bürger Kroatiens bekommen". Und alle diese Mißstände werden sich im bevorstehenden Winter enorm verschärfen.[25]

Dieser rapide Niedergang war bereits im ersten Halbjahr 1998 angesichts von Haushalts- und Außenhandelsdefiziten, enormen Wirtschaftsverlusten, illiquiden Unternehmen, Stagnation in der Produktion, wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation, Wertverfall des Dinar etc. unübersehbar.[26] Um aus dieser Lage herauszukommen, hätte Serbien politisch Frieden und fiskalisch Arrangements mit Weltbank, IMF, Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Pariser Klub (der staatlichen Gläubiger), Londoner Klub (der Privatgläubiger) und anderen suchen müssen.[27] Statt dessen verschärfte das Regime den Kosovo-Konflikt und lancierte im Sommer 1998 Panik auf dem Devisenmarkt, um (so das Urteil der unabhängigen Ökonomen der "Gruppe 17") den Bürgern ihre letzten Devisenersparnisse zu stehlen.[28] Die damals noch relativ unkriegerische Lage im Kosovo kostete dennoch den serbischen Steuerzahler *eine Million Dollar* täglich. Kurz darauf wurde für die Truppen "verstärkte Bereitschaft" angeordnet, was allein das Budget des serbischen Innenministeriums auf 3,27 Milliarden Dinar anwachsen ließ.[29]

Die verheerenden Folgen dieser langjährigen Politik wurden Ende 1998 von sozialwissenschaftlichen Experten in einem Sammelband dokumentiert:[30] Demographische Verluste haben die serbische

23 So D. Avramoviæ in einem Interview, in: NIN 9.9.1999, S. 16-17.
24 Ebenda.
25 Tanja Jakobi: A bogati su baš bogati, in: NIN 16.9.1999, S. 26-28.
26 Bericht in: Naša borba 3.7.1998, S. 5.
27 Dejan Jovoviæ: Spoljni zid oko finansijskog karantina, in: Naša borba 3.7.1998, S. 7.
28 B. Jager: Monetarni udar režirala država, in: Naša borba 3.7.1998, S. 10.
29 Vesna Vujiæ: Koliko košta Kosovo, in: Naša borba 31.7.1998, S. 5.
30 Hier zitiert nach der Zusammenfassung "Socijalni æorsokak", in: Vreme 14.11.1998, S. 22-26.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Gesellschaft um ein Durchschnittsalter von knapp 35 Jahren "altern" lassen (Vojvodina über 37, Kosovo um 25 Jahre); der Anteil der 60jährigen (und Älteren) stieg seit 1993 von 7,5 auf 12,2%, wodurch sich auch die Zahl der Rentner auf 1,17 Mio. vergrößerte; die Durchschnittseinkommen lagen 30% *unter* denen der späten 80er Jahre; das BIP war seit 1990 um 50% gefallen; die Arbeitslosigkeit betrug offiziell nur 12,7%, aber die unreformierte serbische Wirtschaft schleppte rund 30% aller Beschäftigten als sogenannte "überzählige Beschäftigte" mit; 50% der Beschäftigten bezogen unterdurchschnittliche Löhne, etwa 350.000 bekamen überhaupt keinen Lohn, die anderen unregelmäßig und meist nur noch Streikdrohungen, 300.000 befanden sich in "Zwangsurlaub" (wobei ihre Zahl um 1,5- bis 2,5mal größer sein konnte); 350.000 Hochqualifizierte hatten das Land verlassen; die Zahl der Ärzte hatte sich um 35% verringert, die Sterbe-, Krankheits- und Selbstmordraten waren enorm gestiegen.

Gesamtnationaler Diebstahl – zum wievielten Mal?

Mlaðan Dinkiæ, Koordinator der G17 und langjährig profilierter Gegner von Miloševiæs Wirtschaftspolitik, hat die jüngste Geldentwertung genau verfolgt: Mitte Juni 1999 betrug die umlaufende Geldmenge 12,4 Mrd. Dinar, die bis Mitte September auf 14,2 Mrd. Dinar anwuchs, wobei der Staat allein in den letzten beiden Tagen 300 Mio. gedruckt hatte. Die erhöhte Geldmenge repräsentierte noch einen Gegenwert von 900 Mio. DM, während die geringere Menge von 1997, nach dem Verkauf der serbischen *Telekom*, noch 2,5 Mrd. DM entsprochen hatte. Die jüngste "Überschwemmung" deckte sich völlig mit dem Wert-"Sprung" der D-Mark auf dem Schwarzen Markt. Mitte September wurden 13 bis 16 Dinar für 1 DM gezahlt, Ende des Jahres werden es 18 bis 20 DM sein. Anders geht es wohl auch nicht, wenn die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 36% gefallen ist, die Devisenreserven auf ärmliche 130 Mio. US-$ schrumpften, die Ministerin "für die Zusammenarbeit Jugoslawiens mit den internationalen Finanzinstitutionen", Borka Vučiæ, zu dem Personenkreis gehört, dem bei Auslandsreisen Verhaftungen drohen, und die jahrzehntelangen Überweisungen kosovarischer Gastarbeiter von monatlich 200 Mio. DM ausfallen. Unter diesen Umständen ist für das Jahresende 1999 eine Inflationsrate von 70% absehbar, was zu Beginn des nächsten Jahres die allseits befürchtete erneute "Hyperinflation" faktisch unumgänglich macht – verstärkt durch den Rückgang der Löhne und Renten, den zusätzlichen Druck auf den Dinar durch die Einführung der DM als kosovarisches Zahlungsmittel (von der UNMIK verfügt) und durch die absehbare eigene montenegrinische Währung.[31]

Das Regime hatte am 24. März 1999 die Preise eingefroren, was einen spürbaren Mangel an Waren aller Art nach sich zog. Anfang September wurden die Preise freigegeben, worauf sich etwa 1.000 Produkte zwischen 10 und 100% verteuerten. Das war, meinten serbische Experten, vom Regime durchaus beabsichtigt: Der serbische Export betrug im ersten Halbjahr 1999 734 Mio. US-$, ein Minus von 48,4% gegenüber dem Vorjahr; um 51,8% war auch der Import zurückgegangen, summierte sich aber immer noch auf 1,32 Mrd. US-$. Die industrielle Produktion Serbiens betrug im Juli 1999 gerade noch 14,5% der Rate vom Juli 1989. Die Zeche müssen alle Serben zahlen, insbesondere die Armeereservisten, Rentner, Lehrer, Beschäftigten im Gesundheitswesen u.ä.[32]

Winterhartes Serbien?

Die *Elektrowirtschaft Serbiens* (EPS) hat bereits in mehreren Verlautbarungen die Bevölkerung davor gewarnt, daß es nicht genügend Strom zum Heizen geben wird. Inzwischen weiß man, daß im Leitungsnetz 30% Strom fehlen werden (gegenüber 1998), und versucht, dieses Manko durch Stromsperren, Tarifänderungen etc. auszugleichen.[33] Die serbische Regierung begann damit, den Rentnern anstelle der ausstehenden Zahlungen für Mai, Juni und Juli Bons auszugeben, mit denen sie ihre Stromrechnungen bezahlen könnten – an andere Bevölkerungsgruppen, bei denen die Regierung

---

31 Vladimir Milovanoviæ: U novi milenijum s hiperinflacijom?, in: Vreme 18.9.1999, S. 2.
32 Biljana Stepanoviæ: Monetarna ekspanzija, in: NIN 16.9.1999, S. 24-25.
33 Bericht in: Blic 6.10.1999.

ebenfalls in der "Kreide" steht (Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitswesen und Soldaten), wurden solche Bons nicht ausgegeben.

Was EPS mit diesen Bons anfangen soll und kann, ist völlig unklar, zumal die Maßnahme ohne Konsultation des Konzerns erfolgte. Die großen Wärmeelektrizitätswerke im Kosovo sind von der KFOR aus dem serbischen Energieverbund herausgenommen worden, so daß sie für die Versorgung Serbiens ausfallen. Damit ist klar, daß Serbien im besten Falle 120 Mio. KWh pro Tag produzieren kann, wo sein täglicher Verbrauch im Winter bei 150 Mio. KWh am Tag liegen wird. Für die Bevölkerung heißt das, daß in den Haushalten Kühlschränke, Elektroherde, Waschmaschinen, Heizgeräte etc. nicht eingeschaltet werden dürfen. Exakte Pläne gibt es derzeit, kurz vor Beginn der Heizsaison, nicht, und eine Anwendung des sogenannten "Sarajevo-Szenarios" – wer mehr Strom verbraucht, muß diesen mit dreifach höheren Preisen bezahlen – kommt schon deshalb nicht in Frage, weil es einfach keinen Strom geben wird.

Ob die Serben frieren werden oder nicht, hängt davon ab, ob Serbien Gaslieferungen aus Rußland bekommen wird. Rußland scheint dazu bereit zu sein, doch war lange fraglich, ob Ungarn diese Lieferungen über sein Territorium gestattet. Kurz vor Beginn der Heizsaison (15. Oktober) sah es so aus, als würden die Russen das Gas liefern und die Ungarn es aus "humanitären" Erwägungen, d.h. aus Sorge um 350.000

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Ungarn in der Vojvodina, durchlassen.[34] Aber auch wenn russisches Gas über Ungarn nach Serbien kommt, wird es so wenig sein, daß die Rate derer, die mit Strom heizen, um 40% sinken wird.[35]

Rußland hat sich verpflichtet, Serbien bis zum Jahre 2011 1,5 Mrd. m^3 Gas zu liefern; zuzüglich will es ein früheres Versprechen beschleunigt einlösen, Serbien 800.000 Tonnen Erdöl-Derivate zu liefern, deren Bezahlung bis zum Jahre 2003 prolongiert wurde. Schließlich versprach Rußland, die Modalitäten der Gaslieferungen mit Ungarn allein auszuhandeln.

Damit dürfte ein Problem geklärt sein, während ein anderes in aller Schwere deutlich wurde. Wie die Direktoren der Heizwerke am 5. Oktober in der *Ständigen Konferenz der Städte und Gemeinden Serbiens* erklärten, gibt es nicht genügend Öl für ihre Betriebe. Das hätte vermieden werden können, wäre die Regierung dem schon im Juli erhobenen Vorschlag gefolgt, die "außerordentlich niedrigen Heizpreise" um 6 Dinar pro m^2 anzuheben. So müssen die fehlenden Ölmengen zu zweieinhalbfach höheren Preisen auf dem Schwarzmarkt besorgt werden, was entweder zu Heizausfall oder zu noch schweren Preissteigerungen führen könnte.[36]

Allem Anschein nach wird es von Rußland keine weiteren *benefits* für Serbien mehr geben, denn Moskau geht zunehmend auf Distanz zu Miloševiæ – wie beim Besuch von Premier Mirko Marjanoviæ Anfang September 1999 deutlich wurde. Davor hatten die Russen Serbien eine "Hilfe" von 150 Mio. US-$ zugesagt, aus der wohl kaum etwas werden wird: Die Auslandsverschuldung Rußlands beträgt 160 Mrd. US-$, und Moskau hat einfach kein Geld, das es Serbien geben könnte. Der Rest sind rechnerische Spielereien um serbische Schulden in Höhe von 350 Mio. US-$ an Rußland und rund 1,5 Mrd. US-$ russische Altschulden an Ex-Jugoslawien. Gewichtiger sind Systemunterschiede, denn Rußland weist – ungeachtet seiner immensen inneren Schwierigkeiten – grundlegende Übereinstimmungen mit westlichen Wirtschaftsstrukturen auf. Davon kann für Serbien keine Rede sein, was die Entfremdung beider fördert: Bislang hat Serbien von Rußland überwiegend Rohstoffe bezogen, entweder auf Kredit oder mit minderwertigen Waren bezahlt, die es anderswo nicht konkurrenzwürdig plazieren konnte. Das kann und muß sich Rußland nicht mehr gefallen lassen, wie die unverkennbare Distanzierung der russischen Führung zu Belgrad zeigt. Dazu aber hat Miloševiæ gleich dreifachen Anlaß gegeben: Zum ersten wurde dem Kreml klar, daß Miloševiæs Streben in die "Union" Rußland - Belarus nichts anderes als der Versuch war, Rußland gegen den Westen auszuspielen. Zum zweiten haben serbische Klagen über Rußlands letztliche Kooperation mit der NATO während derer Kosovo-Mission in Moskau Verärgerung ausgelöst, die auf Serbien zurückfällt. Und zum dritten haben hämische serbische Presseberichte über jüngste Korruptionsfälle in Rußland dazu geführt, daß Moskau die ohnehin irrationale Parteinahme für Serbien völlig aufgegeben hat.[37]

Wolf Oschlies

---

34 Bericht in: Blic 6.10.1999.
35 Vladimir Milovanoviæ: Struja rasteruje Beograðana, in: Vreme 11.9.1999, S. 7-8.
36 Bericht in: Blic 6.10.1999.
37 Milan Miloševiæ: Ruska karta, in: Vreme 11.9.1999, S. 8-9.